



Markt & Trend

Einleitung

Schwieriger September, ruhiger Oktober?

Konjunkturbarometer

EZ: Teuerung auf 13-Jahreshoch

US: Längere Lieferfristen sorgen für Zuwachs im Industrie-ISM

Kapitalmärkte

Nach der Fed ist vor der Fed

Aktienmärkte

Weiter viele Unsicherheitsfaktoren

Devisenmärkte

EUR/USD: Fed stellt Normalisierung der Geldpolitik in Aussicht

EUR/CZK: Notenbank überrascht

Zahlenanhang

Aktuelle Zahlen und Prognosen
Indikatoren der Kalenderwoche 40



Ausgabe 20/2021
5. Oktober 2021

Einleitung



Schwieriger September, ruhiger Oktober?

Sehr geehrte Finanzmarktteilnehmer, liebe Leserinnen und Leser,
der September liegt hinter uns – und wieder einmal macht dieser Monat seinem Ruf alle Ehre, ein schlechter Aktienmonat zu sein. Es gab allerdings auch einiges an News zu verdauen im vergangenen Monat: Allen voran die Botschaft der US-Notenbank, dass ein „Tapering“ schon im November beschlossen werden könnte und bis Mitte nächsten Jahres beendet sein sollte, was die Tür öffnet für eine erste Zinserhöhung im späten Jahr 2022. Dazu kam die Krise rund um den chinesischen Immobilienkonzern Evergrande, die Unsicherheiten rund um die deutschen Bundestagswahlen, sowie ein neuerlicher Haushaltsstreit in den US mit der möglichen Gefahr eines „Government Shutdown“. Lesen Sie mehr darüber und über die Reaktion der Aktienmärkte auf den Seiten 8-11.

Manche dieser Themen hat der Markt (vorerst) abgehakt: Mit Zustimmung über die Parteidgrenzen hinweg votierten die Abgeordneten vergangenen Donnerstag für einen Übergangshaushalt bis zum 3. Dezember, wodurch ein drohender Teil-Stillstand der US-Regierungsgeschäfte abgewendet werden konnte. Die Wahlen in Deutschland sind geschlagen, und allein die Tatsache, dass ein rot-rot-grünes Bündnis nicht möglich ist, sorgte für Erleichterung: Der vorab von manchem gefürchtete Linksrutsch der Wirtschaftspolitik bleibt somit aus. Die Verhandlungen um die Bildung einer neuen Bundesregierung haben bereits begonnen. Auch wenn noch einige beträchtliche Hindernisse aus dem Weg zu räumen sind, läuft es wohl auf eine „Ampel-Koalition“ hinaus, also eine Koalition von SPD, Grünen und FDP unter einem Kanzler Olaf Scholz.

Die Themenführerschaft an den Märkten haben nun wieder die Lieferkettenproblematik, die Inflation und natürlich der Zentralbankenausblick. Zummindest bei der Geldpolitik könnte es ein vergleichsweise ruhiger Monat werden, denn es gibt weder eine Zinssitzung der Fed noch der Bank of England (diese überraschte zuletzt mit der Aussage, dass man bereits vor Ende des Jahres die Leitzinsen erhöhen könne). Jene von EZB und Bank of Japan, die beide am 28.10. stattfinden, sollten ereignislos zu Ende gehen. Die EZB hatte ja schon im September angekündigt, über die weitere Vorgehensweise im PEPP in der letzten Sitzung des Jahres (die findet am 16.12. statt) entscheiden zu wollen.

Im Hinblick auf Inflation kehrt jedoch keine Ruhe ein – im Gegenteil: Im September ist der EZ-HVPI auf ein 13-Jahreshoch gestiegen, zumindest in den nächsten beiden Monaten sind noch höhere Raten absehbar (vgl. EZ-Konjunkturbarometer auf S. 3). Und auch in den USA ist weiterer Preisdruck in der Pipeline (vgl. US-Konjunkturbarometer auf S. 4). Zusätzliches Ungemach droht von den zuletzt wieder massiv gestiegenen Energiepreisen: Brent-Öl steigt auf ein neues 3-Jahreshoch von aktuell (Stand 5.10.2021, 14:57h) 82,64 USD/Barrel, nachdem sich die OPEC+ gestern nicht auf eine stärkere Angebotsausweitung einigen konnte oder wollte. Damit kostet das europäische Öl doppelt so viel wie vor einem Jahr. Noch drastischer stellt sich die Lage bei den Erdgaspreisen dar, die sich an den europäischen Kassamärkten seit Jahresanfang beinahe verfünfacht haben, und auch die Strompreise sind massiv gestiegen. Wir werden sehen, ob all diese Entwicklungen „transitorisch“ sind wie es uns die Notenbanker seit Wochen glauben machen wollen.

Wichtigster Datenpunkt der dieswöchigen Agenda ist ohne Frage der US-Arbeitsmarktbericht für den Monat September, der am Freitag veröffentlicht wird. Sollten die Zahlen halbwegs zufriedenstellend ausfallen, wäre dies nach Fed-Ansicht der letzte Puzzlestein, der für eine „Tapering“-Ankündigung am 3.11. fehlt. So gesehen könnte der Oktober aus geldpolitischer Sicht dann doch noch ein interessanter Monat werden ...

Sylvia Hofbauer
Leitung Volkswirtschaftliches Service / Treasury
Raiffeisenlandesbank Niederösterreich-Wien AG

EZ-Konjunkturbarometer

Teuerung auf 13-Jahreshoch

Die Inflation im Eurauraum nimmt sukzessive weiter zu. Die Jahresrate des harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) schnellte im September nach einer ersten Schätzung von 3,0 % auf 3,4 %. Höher wurde die Inflation zuletzt im September 2008 ausgewiesen. Der Höhepunkt dürfte heuer im November mit etwa 4 % erreicht sein. Die monatliche Rate, die noch Ende vorigen Jahres negativ war, belief sich auf 0,5 %.

Mittlerweile gibt es kein Euroland, in dem die Preise im Durchschnitt fallen, wie das noch vor kurzem in einigen südeuropäischen Ländern der Fall war. Estland weist mit 6,4 % die höchste Teuerungsrate in der Eurozone aus, die niedrigste Malta mit 0,7 %. Der deutsche HVPI überstieg im September erstmals seit fast 28 Jahren mit 4,1 % die Vier-Prozent-Marke, der österreichische Wert erreichte 3,2 % (alle Werte gg. Vj.).

Schub bei Kerninflation

Die hohe Teuerung ist vor allem auf den starken Anstieg der Energiepreise um 17,4 % gg. Vj. zurückzuführen. Diese werden von dem auf Jahressicht gestiegenen Ölpreis und der stark steigenden Großhandelspreise für Strom und Gas befeuert.

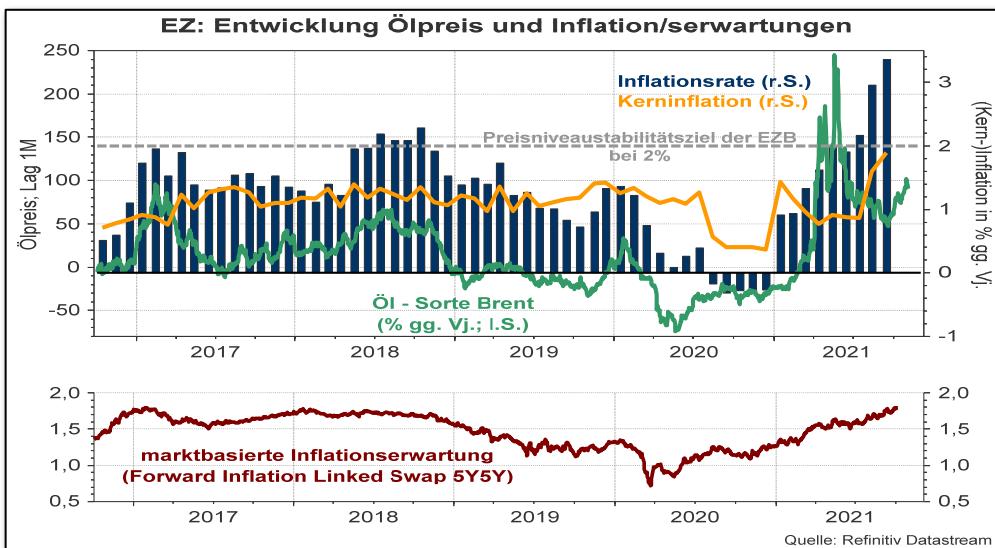
Der Beitrag zur Inflation kommt inzwischen allerdings aus allen Gütergruppen. Die Kernteuerungsrate (ohne Energie- und unverarbeitete Nahrungsmittelpreise) hat spürbar von 1,6 % auf 1,9 % gg. Vj. angezogen, den höchsten Wert seit November 2008. Die Kernrate wird dabei stark von Basiseffekten geprägt. In einigen Branchen wurden im Herbst des Vorjahres aufgrund des Corona-Umfeldes Preisnachlässe gewährt. Weiters wurde in Deutschland die Mehrwertsteuer in der zweiten Jahreshälfte reduziert. Der Vergleich mit dem alten Preisniveau bzw. Steuersatz führt zu einer erhöhten Veränderungsrate mit einem erwarteten Hoch im November. Verantwortlich sind auch die Engpässe bei Lieferketten, die sich hartnäckiger als zunächst angenommen erweisen und Schätzungen zufolge auch bis ins Jahr 2023 reichen könnten. Mittelfristig dürfte die Kerninflation höher als im Jahrzehnt vor der Corona-Krise liegen. Zwischen 2010 und 2020 betrug sie im Schnitt 1,0 % p.a.

EZB erwartet keine Lohn-Preis-Spirale

Die Europäische Zentralbank (EZB), die mittelfristig eine Inflation von 2 % anstrebt, hält den momentanen Anstieg der Inflationsraten nur für temporär. Das besondere Augenmerk der EZB gilt Zweit rundeneffekten, insbesondere Lohnerhöhungen. Erst wenn sich der Lohnauftrieb deutlich verstärken würde, wäre eine nachhaltig höhere Inflation zu erwarten. Die EZB geht allerdings davon aus, dass eine Lohn-Preis-Spirale ausbleibt. In vielen Ländern der Eurozone ist die Arbeitslosigkeit noch immer höher als vor der Pandemie, wobei sich viele Arbeitnehmer in Kurzarbeit befinden.

Die marktbasierten Inflationserwartungen haben die Marke von 1,80 % erreicht. Der Druck auf die EZB, darüber nachzudenken, ob die extrem expansive Ausrichtung der Geldpolitik gerechtfertigt ist, könnte sich künftig jedenfalls verstärken. Wie EZB-Präsidentin Christine Lagarde bereits signalisiert hat, wird im Rahmen der Sitzung im Dezember über die Zukunft der Anleihekaufprogramme entschieden.

Teuerung steigt im 2. Halbjahr weiter an



Autor: Silvia Schania

US-Konjunkturbarometer

Längere Lieferfristen sorgen für Zuwachs im Industrie-ISM

Der ISM-Einkaufsmanagerindex für die Industrie stieg im September von 59,9 auf 61,1 Punkte. Nach Angaben des Institute for Supply Management korrespondiert der aktuelle Wert mit einer gesamtwirtschaftlichen Wachstumsrate von gut 5 %.

Der Durchschnitt der von Refinitiv befragten Analysten hatte einen Rückgang auf 59,5 Punkte erwartet. Allerdings ist der Anstieg nicht auf eine Verbesserung der Auftragseingänge oder Produktion zurückzuführen, sondern eher auf Komponenten, die mit der Lieferkettenproblematik zu tun haben. So nahmen die Lieferzeiten wieder zu und zwar von 69,5 auf 73,4 Punkte. Damit liegt diese Subkomponente zwar unter dem im Mai erreichten Allzeithoch von 78,8, bleibt aber weiter deutlich erhöht.

In der Pressemitteilung war von neuerlichen Störungen der Lieferketten die Rede: Das hat mit den Nachwirkungen des Hurrikan Ida und der Verbreitung der Delta-Variante des Coronavirus zu tun (im Land aber auch außerhalb – vor allem in Asien kam es deswegen wiederholt zur Schließung von Häfen), der größte Hemmschuh sei aber ein mittlerweile beträchtlicher Arbeitskräftemangel.

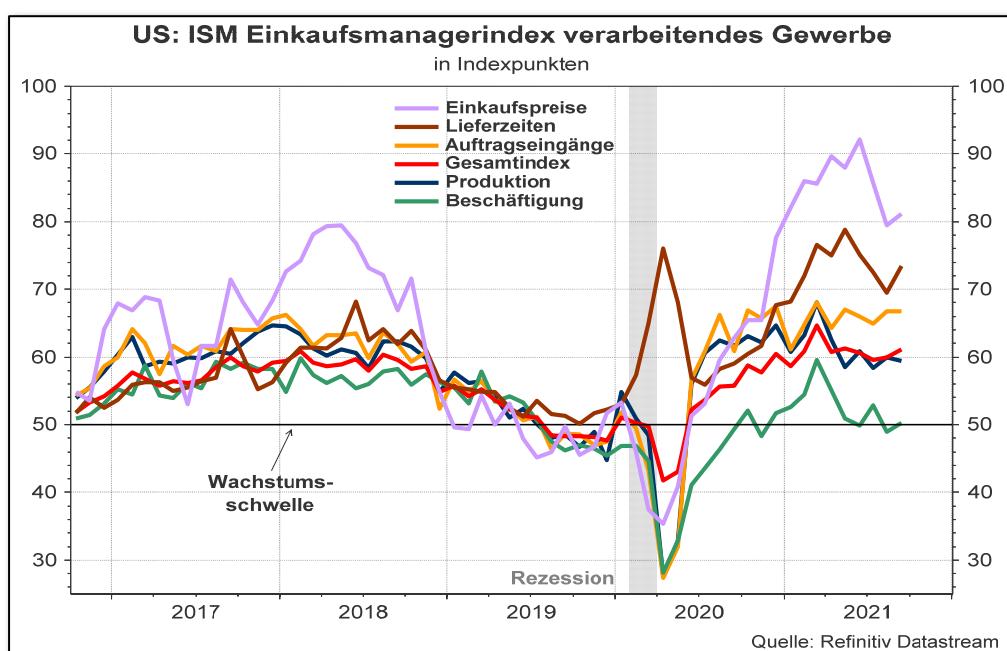
Diese Probleme dürften die Industrieproduktion in den kommenden Monaten dämpfen, besonders in der Automobilindustrie, wo sich die Halbleiterknappheit verschärft und daraus resultierende Produktionseinstellungen verlängert werden.

Einkaufspreise steigen neuerlich

Dass die Knappheiten auf die Preise durchschlagen, spiegelt sich im neuerlichen Anstieg der Einkaufspreise wieder. Nach zwei Rückgängen in Folge stieg die Subkomponente „Prices Paid“ um 1,8 auf 81,2 Punkte. In Kombination mit dem neuerlichen starken Anstieg der Energiepreise (zuletzt stiegen die Gaspreise auf neue Allzeithöhe) verfestigt sich somit der Eindruck, dass wohl auch die Verbraucherpreise einen längeren Zeitraum auf hohen Levels bleiben werden. Im August beliefen sich die Konsumentenpreise auf 5,3 % im Vorjahresvergleich.

Die US-Notenbank hatte ja lange von einer vorübergehenden Phase hohen Preisdrucks gesprochen, doch letzte Woche hat sich das Wording verändert: Anlässlich des Zentralbankforums der EZB am vergangenen Mittwoch zeigte sich Fed-Präsident Powell frustriert über die andauernden Störungen von Lieferketten. Das mit der Öffnung der Wirtschaft nach der Krise zusammenhängende Problem werde sich vermutlich bis ins nächste Jahr hineinziehen und auch die Inflation länger auf einem höheren Stand halten als gedacht. Damit könnten die erst im Rahmen des September-FOMC-Meetings angehobenen Inflationsprognosen schon wieder zu niedrig gegriffen sein: Der Deflator der privaten US-Konsumausgaben soll in 2021 bei 4,2 % liegen (Juni-Projektion: 3,4 %), im nächsten Jahr aber wieder auf 2,2 % zurückgehen (Juni-Projektion: 2,2 %).

ISM-Index des Industriesektors bleibt klar im Wachstumsbereich





Kapitalmärkte

Nach der Fed ist vor der Fed

Nach der letzten Fed-Sitzung ist sich der Kapitalmarkt einig, dass im Rahmen des nächsten FOMC-Meetings am 3. November das „Tapering“ beschlossen und verkündet wird. Die Umsetzung wird dann wohl im Jahr 2022 starten. Die Marktreaktion war da hingehend interessant, da sie nicht sofort an den Zins- bzw. Swapsätzen oder Renditen ablesbar war. Ein Grund war sicherlich die Headline bzgl. der möglichen Insolvenz von Evergrande und dem drohenden Credit Event im Falle von nicht geleisteten Zinszahlungen. Dieses Risiko hat sich jedoch minimiert. Anschließend sind die USD-Swapsätze stark angestiegen. Der 10-jährige Swap notierte im Low am 22.09.2021 bei 1,32 % und stieg bis zum High am 28.09.2021 auf 1,59 %. Für den 10-jährigen Treasury bedeutete es im gleichen Zeitraum einen Renditeanstieg von 1,30 % auf 1,56 %.

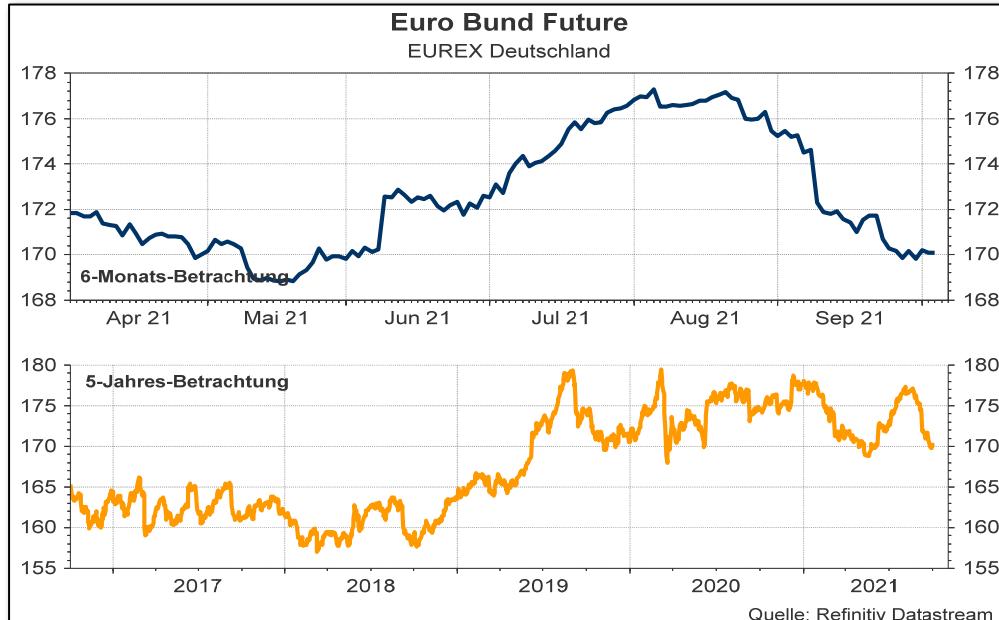
Spannend sind auch die Prognosen der möglichen Zinserhöhungen, die dem neuen „Dot-Plot“ der US-Notenbank zu entnehmen sind: Aktuell sind demzufolge drei Leitzinsanhebungen für 2023 zu erwarten, die Kapitalmarktteilnehmer gehen über die Forward Sätze jedoch nicht davon aus.

Der „Government Shutdown“ in den USA wurde (wie immer) in letzter Sekunde abgewendet, nachdem Präsident Biden die „Continuation Resolution“ unterzeichnet hat. Das grundsätzliche Problem der Schuldengrenze ist damit nicht gelöst und wird wieder für Aufsehen sorgen. Es ist jedoch festzuhalten, dass die Kapitalmarktteilnehmer dieses Problem bereits kennen und nicht (mehr) in Panik verfallen.

In Deutschland sondieren CDU, SPD; Grüne und FDP in diversen Treffen die Möglichkeiten einer Koalition. Eine große Koalition scheint aktuell ausgeschlossen zu sein. Nach dem Wahlergebnis und den ersten Statements scheint eine „Ampel-Koalition“ aus SPD, FDP und Grüne unter Kanzler Olaf Scholz (SPD) als wahrscheinlich und aussichtsreich. Die CDU hat aktuell vor allem interne Machtkämpfe um den Parteivorsitzenden Laschet und die zukünftige Ausrichtung.

Ansonsten ist die Evergrande-Geschichte weiterhin präsent. Am 04.10.2021 wurde die Aktie vom Handel ausgesetzt. Medienberichten zufolge will der chinesische Immobilien Konzern Hopston 50 % + 1 Aktie übernehmen. Diese Beteiligung könnte (kurzfristig) die Liquiditätskrise mildern.

Bund Future



Zinskurven

	1J	2J	3J	4J	5J	6J	7J	8J	9J	10J
Swap (gg. 6M)	-0,510	-0,443	-0,371	-0,291	-0,213	-0,137	-0,063	0,009	0,079	0,144
Österr. Bund	-0,620	-0,728	-0,672	-0,597	-0,475	-0,420	-0,328	-0,199	-0,085	0,009
Deutsche Bund	-0,672	-0,710	-0,737	-0,678	-0,586	-0,536	-0,424	-0,384	-0,318	-0,229

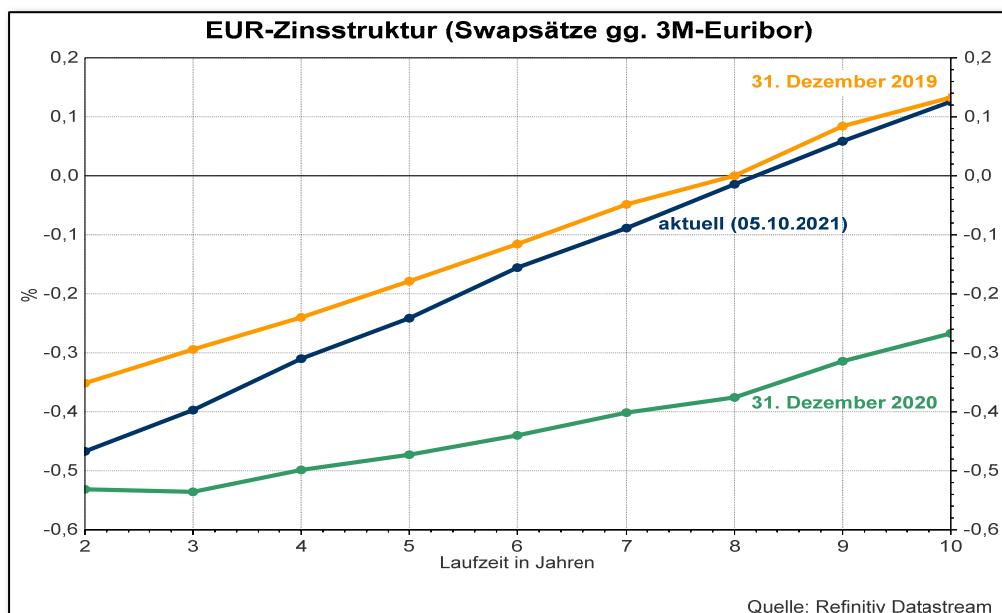
05.10.2021 10:06

Quelle: Refinitiv

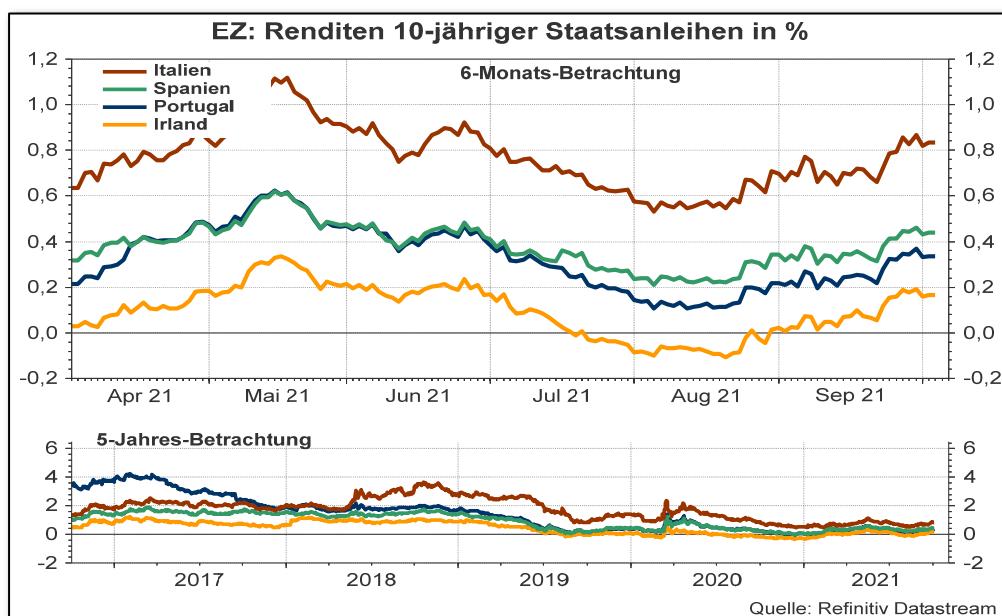
Markt & Trend

Seite 5 von 19

EUR-Zinskurve



Rendite-Entwicklung der EZ-Peripherie



Creditmarkt: Green Bonds sehr gefragt

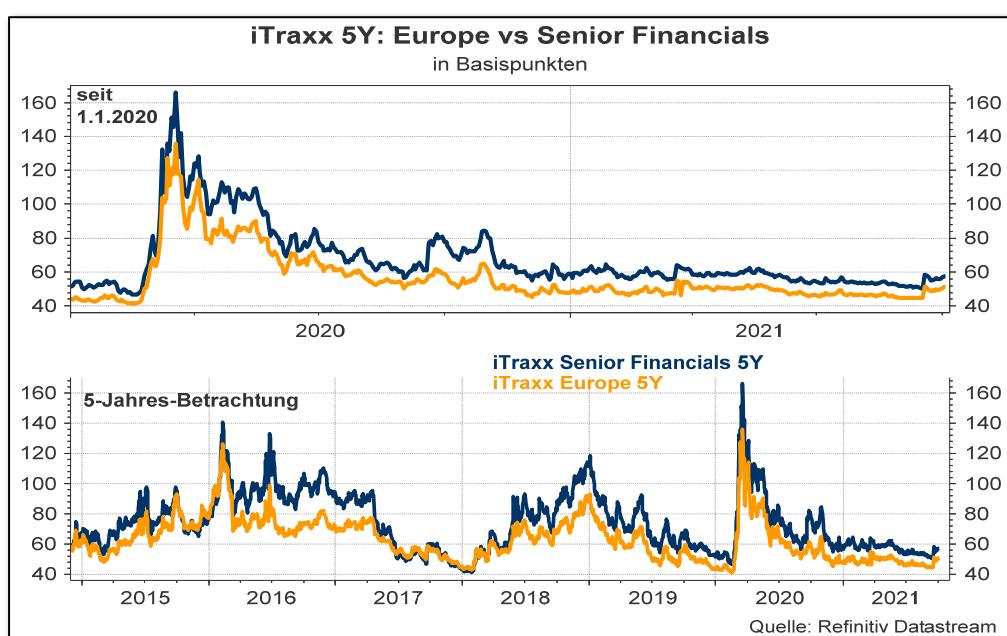
Die Financial Credit Spreads handeln leicht enger. Der ittraxx Senior Financial 5Y handelt im gesamten Monat September zwischen 49 und 53 BP. Das Jahreshoch lag am 22.03.2021 bei 64 BP. Daraus ist abzuleiten, dass weder die Evergrande-Story aus China, die „Tapering“-Ankündigung aus den USA oder eine vielleicht bleibende Inflation in Europa die Credit Spreads stärker bewegen.

Die immer noch sehr niedrigen Credit Spreads könnten Banken nutzen, um Tier 2-Emissionen zu emittieren und so ihre Kapitalkennziffern zu optimieren.

Der Neuemissionsmarkt ist weiter beeindruckend, wenn auch gefühlt etwas ruhiger. Nach wie vor sind Green Bonds sehr gefragt. Spektakulär war in diesem Zusammenhang das Green Bond Debut von Großbritannien. Die 12 Jahre hatten eine Emissionsgröße von 10 Mrd. GBP bei einem Orderbuch von über 100 Mrd. GBP. Gepreist wurde die Emission bei UKT +7,5 was einer Rendite von 0,8721 % entspricht. Aktuell handelt sie gegenüber dem Pricing -4 BP gegen UK-T enger.

Für die nächsten Handelstage haben sich Schwergewichte wie der ESM und die EU in verschiedenen Laufzeiten angekündigt. Aufgrund der Funding Pläne werden das bereits die letzten (Benchmark) Transaktionen werden.

Kreditaufschläge europäische Un- ternehmen und Finanzbranche



Autor: Christian Lenk



Aktienmärkte

Weiter viele Unsicherheitsfaktoren

Vier schwache Handelswochen in Folge unterstrichen einmal mehr den bekannt schlechten Ruf des Septembers als schwieriger Börsenmonat. Nun sind die Krise rund um den chinesischen Immobilienkonzern Evergrande sowie die von ganz Europa mit Spannung verfolgten deutschen Wahlen für den Moment in den Hintergrund gerückt, und der Markt kann sich neuen Hiobsbotschaften zuwenden: Der Ölpreis (Brent) stieg im Zuge der OPEC+ Sitzung deutlich um rund 3 % auf über 82 USD/Barrel. Dies stellt den höchsten Preis seit Oktober 2018 dar.

Für die Anleger bedeutet dies weiteres Benzin auf das Feuer der Inflationsbedrohung, welches in den vergangenen Monaten zunächst durch die COVID-Erholung und die Lieferkettenengpässe angeheizt wurde. Die damit verbundene „Tapering“-Debatte der Fed tat ihr übrigens zum Renditeanstieg, der zuletzt vor allem den Tech-Werten zusetzte. Rund 5,6 % musste daher der Nasdaq-100 in den letzten vier Wochen abgeben, wobei vor allem die abgelaufene Handelswoche mit einem Minus von mehr als 3,5 % ein deutliches Zeichen setzte.

An den Aktienmärkten machte sich zuletzt im Zuge des Energiepreisanstiegs zunehmend die Sorge breit, dass sich demnächst ein Umfeld länger anhaltender Inflation mit gleichzeitigen Wachstumsenttäuschungen einstellen könnte. Vor allem die US-amerikanischen Technologiewerte sind aufgrund ihrer hohen Notierungen auf Wachstum angewiesen, ansonsten stellt sich schnell die Frage nach der Bewertungsrelation.

Der gestrige stundenlange Ausfall von Facebook, Facebook-Messenger, WhatsApp und Instagram zeigte deutlich, dass das Geschäftsmodell von Facebook keine Gelddruckmaschine ohne Risiko ist. Über 2,75 Mrd. Menschen konnten die Programme nicht nutzen. Konkurrierende Messenger-Dienste berichten heute Morgen von weltweit Millionen von Neuanmeldungen für die eigenen Apps.

Auch die Vorgänge in der US-Politik werden zum Belastungsfaktor. Zwar konnte ein unmittelbarer Government-Shutdown verhindert werden, aber ohne Anhebung der Schuldenobergrenze ist die nächste Bedrohung durch einen US-Default vorprogrammiert. Laut US-Finanzministerin Janet Yellen drohte der USA ab dem 18. Oktober die Zahlungsunfähigkeit. Der Kongress konnte sich hier allerdings auf einen Übergangshaushalt bis zum 3. Dezember einigen und somit den drohenden Stillstand der Regierungsgeschäfte zunächst abwenden. Allerdings kommt auch das seit Monaten diskutierte Infrastrukturprogramm kaum voran.

Abseits von Inflation und der damit einhergehenden Rendite-Entwicklung wird das nächste große Thema die in bereits rund zwei Wochen beginnende US-Berichtssaison sein. Hier wird sich dann zeigen, ob die Gewinnentwicklung die teils sehr ambitionierten Bewertungen vor allem bei den Technologie-Werten rechtfertigen kann.

Aktienperformance

Aktienmärkte aktuell	Indexstand	Performance seit Jahresstart
ATX INDEX VIENNA	3.669,47	31,97%
XETRA DAX INDEX	15.036,55	9,61%
CAC 40 INDEX	6.477,66	16,68%
EURO STOXX 50	3.996,41	12,49%
SWISS MARKET INDEX	11.582,35	8,21%
S&P 500	4.300,46	14,49%
DOW JONES INDU	34.003,00	11,10%
RTS Index (Russland)	1.785,75	28,71%
NIKKEI 225 INDEX	28.444,89	3,65%
HANG SENG	24.036,37	-11,73%
SHANGHAI Composite	3.568,17	2,74%

Stand 04.10.2021



Datenquelle: Refinitiv

Markt & Trend

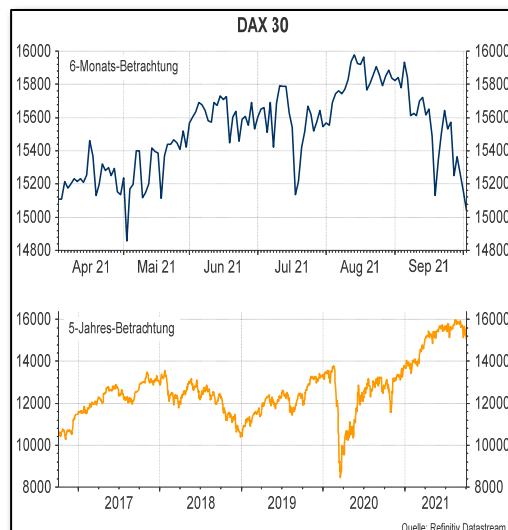
DAX: Eine neue Regierung als Aufbruchssignal?!

Das Großereignis „Deutsche Bundestagswahlen“ liegt hinter uns und hat den erwartet engen Ausgang bestätigt. Nun heißt es aber zunächst einmal abwarten, in welcher Konstellation sich die Parteien zusammenfinden. Klar ist aber: Mit der FDP und den Grünen in der Regierung besteht tatsächlich die Chance auf Strukturreformen.

Die Märkte hatten sich aber ohnehin längst einem anderen Thema zugewendet: Mit einer Inflation in Höhe von 4,1 % gg. Vj. im September ist das Thema medial auch im deutschen Boulevard angekommen. Die Inflation wird hierbei von dem auf Jahressicht gestiegenen Ölpreis und den in die Höhe schießenden Großhandelspreisen für Strom und Gas befeuert. Dazu kommen die Preiserhöhungen durch die Lieferkettenengpässe.

Die hohe Inflation und die Sorge vor restriktiverer Geldpolitik prägen somit aktuell die Finanzmärkte. Dem kann sich auch der DAX nicht entziehen. Die Anleger schauen daher gebannt auf die Wortwahl der EZB: Deren besonderes Augenmerk gilt dabei Zweitrundeneffekten, also Lohnerhöhungen, da sie die anderen Ursachen für temporär hält. Allerdings sind inflationstreibende Lohnabschlüsse von deutlich über 3 % bislang nicht zu beobachten. Auch der Streik der Lokführer-Gewerkschaft GdL mündete nur in einer Gehaltserhöhung um 3,3 % bei allerdings 32 Monaten Laufzeit. Bei den anstehenden Verhandlungen im öffentlichen Dienst und dem Baugewerbe werden normale Abschlüsse erwartet. Die EZB wird also kaum kurzfristig Maßnahmen ergreifen.

Charttechnisch ist der DAX allerdings weiterhin mehr als angeschlagen. Mit aktuell 15.100,01 Punkten (Stand 05.10.2021, 15:02h) notiert der Index über 900 Punkte unterhalb seines Allzeithochs bei 16.030 Punkten vom 13.08.2021. Gestern hatte der DAX die Unterstützungszone bei 15.000 Punkten einer erneuten Belastungsprobe unterzogen. Trotz der nochmaligen Kursschwäche zum Handelschluss hat sich die Kombination aus den Verlaufstiefs bei 15.048 und 15.019 Punkten sowie der 200-Tages-Linie (akt. bei 15.019 Punkten) aber als tragfähig erwiesen. Jedoch würde erst der Anstieg über das Freitagshoch bei 15.262 Punkten den Startschuss für eine Zwischenerholung liefern. Allerdings wartet direkt darüber eine Vielzahl von kurzfristigen Abwärtstrends.



Der September hat sich also einmal mehr als schwacher Monat erwiesen. Für den DAX steht nun aber erstmal eine Stabilisierung über mehrere Tage im Vordergrund, bevor sich der Index einer Jahresrendite zuwenden kann. Und wer weiß – vielleicht liefert ja eine neue Bundesregierung das passende Aufbruchssignal für den deutschen Aktienmarkt.

S&P 500: Im Korrekturmodus

Während wir an dieser Stelle vor zwei Wochen noch von einer Schwächephase des S&P 500 schrieben, hat sich die laufende Abwärtsbewegung zu einer handfesten Korrektur ausgewachsen. Die aktuellen Unsicherheitsfaktoren waren in Summe einfach zu viel für den erfolgsverwöhnten Index.

Anfang September erreichte der S&P 500 mit 4.546 Punkten nicht nur ein neues Allzeithoch, sondern lotete damit auch fast die obere Begrenzung des langfristigen Aufwärtstrendkanals aus. Zudem hakte der Index auch fast punktgenau die 200 %-Fibonacci Projektion der V-Umkehr nach dem Covid-Einbruch im Frühjahr letzten Jahres ab (ca. 4.549 Punkte). Die Konsolidierung der letzten Wochen tritt also im Bereich charttechnisch bedeutender Marken auf. Auch die quantitativen Indikatoren haben zwischenzeitlich auf rot geschaltet: So liegt im Verlauf des MACD inzwischen nicht nur ein Ausstiegssignal, sondern auch eine Topbildung vor. Zudem wurden diverse Haltelinien durchbrochen. Konnte sich der S&P 5000 nach dem Bruch der 50-Tageslinie noch einmal zurückkämpfen, wurde diese jüngst nicht nur erneut unterschritten (ca. 4.441 Punkte), sondern die 100-Tages-Durchschnittslinie gleich mit (aktuell bei 4.348 Punkten).

Mit einem gestrigen Schlusskurs von 4.300 Punkten hat der Index zwar vermeintlich auf einer wichtigen Linie gehalten, aus charttechnischer Sicht befindet er sich allerdings im Niemandsland. Es ist zu erwarten, dass der Index weiter bis zur 4.200 Punktelinie fällt, auf welcher Höhe er sich im April/Mai länger aufhielt. Mit aktuell 4.140 Punkten wartet darunter die wichtigste Haltelinie, der 200-Tagesdurchschnitt.

Hoffnung auf eine Stabilisierung gibt die Politik: Der drohende „Government Shutdown“ wurde abgewendet, nachdem Präsident Biden die „Continuing Resolution“ unterzeichnet hat. Das Problem der Schuldengrenze besteht jedoch fort. Die Demokraten im Repräsentantenhaus haben die Abstimmung über das Infrastrukturpaket verschoben, wobei laut Weißem Haus ein Deal näher als je zuvor ist. Die Märkte würden dies begrüßen!



Nikkei 225: Gewinne ausradieren

Eine wenig erbauliche Performance hat in den vergangenen zwei Wochen der Nikkei 225 hingelegt: Während dieser im Zuge des Wechsels des Premierministers fast 3.000 Punkte zulegen konnte, setzte mit Mitte September eine Gegenbewegung ein. Diese nicht ungewöhnliche Korrektur nach einem starken Anstieg fiel allerdings mitten in eine Phase einer weltweiten Börsenschwäche. Die Folge war das völlige Ausradieren sämtlicher Gewinne der Vorwochen. Mit aktuell 27.822,12 Punkten (Schlusskurs vom 05.10.2021) steht der Index nun wieder auf dem Niveau von Ende August, dem Ausgangspunkt der jüngsten Rallye. Es gilt demnach: Zurück auf Start.

Da die Abwärtsbewegung nicht nur schnell und intensiv vonstatten ging, sondern auch diverse Abwärtsgaps riss, ist das charttechnische Bild nun stark angeschlagen. Vor allem der Bereich um 27.500 Punkte sollte jetzt unbedingt halten.

Für den neuen Ministerpräsidenten gilt es nun schnell Akzente zu setzen: Das japanische Parlament hat den früheren Außenminister Fumio Kishida zum neuen Regierungschef gewählt. Beide Kammern des Parlaments stimmten am Montag mehrheitlich für den 64-jährigen Konservativen und machten ihn zum 100. Ministerpräsidenten des Landes. Unter dem neuen Ministerpräsidenten Kishida wird Shunichi Suzuki, der Schwager von Taro Aso, zum neuen Finanzminister berufen. Letzterer muss nun nach neun Jahren und einem Alter von 81 Jahren den Posten räumen.

Die Lage der Wirtschaft scheint sich allerdings zu bessern und ersten Rückenwind zu geben: Die Notstandsregelungen wurden überall aufgehoben und auch der Tankan-Report für das dritte Quartal überraschte positiv. Wir werden sehen, ob der neue Premier nun für positive Impulse im Aktienmarkt sorgen kann.



China: Immobiliensektor weiter im Scheinwerferlicht

Von Seiten Chinas ist in dieser Woche kaum mit Impulsen für die Märkte zu rechnen, da die Börsen im Rahmen der „Goldenen Woche“ erst am Freitag wieder öffnen. In Hongkong hingegen sind viele chinesische Papiere handelbar – hier wurden die Aktien heute mit deutlichen Abschlägen gehandelt.

Die Gründe für die Sorgen der Anleger sind seit zwei Wochen unverändert: Die Überhitzung des chinesischen Immobilienmarkts und die Folgen für die restliche Wirtschaft. Die Probleme um Evergrande, den zweitgrößten Immobilienentwickler des Landes, sind weiter ungelöst. Und somit bleibt der Immobiliensektor im Fokus der Anleger: Der Bau neuer Wohnungen machte im vergangenen Jahr über 10 % des chinesischen BIP aus, Evergrande allein steht für etwa 2 % des BIP. Schätzungen gehen davon aus, dass der Bausektor mit der gesamten vor- und nachgelagerten Supply-Chain sogar über 25 % des BIP ausmacht.

Seit dem vergangenen Jahr versucht Peking, den überhitzten Markt abzukühlen: Privatpersonen wurde der Zugang zu Immobilienkrediten erschwert, die Unternehmen wurden aufgefordert, ihre Verschuldung reduzieren. Evergrande ist dies nicht gelungen – und die meisten anderen großen Immobilienkonzerne des Landes haben ähnliche Probleme. So konnte der kleinere Immobilienentwickler Fantasia Holdings eine am Montag fällige Dollaranleihe über 200 Mio. USD nicht zurückzahlen. Gleiches gilt auch für ein Darlehen über 200 Mio. JPY aus Japan.

China plante zunächst an Evergrande ein Exempel zu statuieren, arbeitet aber nun bereits an der Zerschlagung des Konzerns mit möglichst geringen Auswirkungen für die restliche Wirtschaft. Staatshilfe für die neuen Einheiten zur Fertigstellung der bereits bezahlten Wohnungen werden angedacht. Die chinesische Zentralbank pumpte inzwischen über 14 Mrd. USD in den Markt – die höchste Summe seit 14 Monaten. Laut chinesischen Medien plant der Immobilienentwickler Hopson Development den Erwerb einer 51 %-Beteiligung an Evergrande Property Services, einem Unternehmensarm von Evergrande. Aktien der Evergrande Property Services wurden am Montag zusammen mit jenen der Muttergesellschaft in Hongkong vom Handel ausgesetzt.

Aber auch der Ölpreis bereitet der chinesischen Regierung Kopfzerbrechen. So hat China staatseigene Energiefirmen angewiesen, Energievorräte einschließlich Öl und Kohle um jeden Preis sicherzustellen.

Mit einem Freitagsschlusskurs vor der Feiertagspause bei 3.568,17 Punkten hat sich der Shanghai Composite etwa auf dem Niveau von Anfang September stabilisiert. Seit dem Zwischenhoch bei 3.723 Punkten hat der Index demnach etwa 4 % verloren. Die Anleger hoffen weiter darauf, dass China das Evergrande-Problem relativ geräuschlos lösen kann. Wenn sich die Lage aber weiter verschärfen sollte, ist am Freitag mit einem größeren Abverkauf zu rechnen.



Autor: Christian Schaefer



Devisenmärkte

EUR/USD: Fed stellt Normalisierung der Geldpolitik in Aussicht

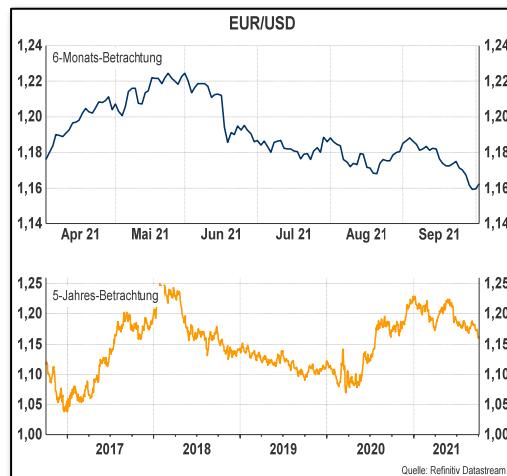
Der Dollar konnte in den letzten Wochen wieder etwas zulegen, nachdem Fed-Präsident Powell einen kleinen Schritt in Richtung Normalisierung der Geldpolitik in Aussicht stellte. Dies könnte bedeuten, dass die Anleihenkäufe schon zum Jahreswechsel leicht reduziert werden. Natürlich hängt dies von vielen Faktoren ab. Vor allem bleibt die Bekämpfung der Inflation ein heißes Thema, da eine hohe Nachfrage nach Gütern, gepaart mit Lieferengpässen aufgrund der Pandemie dazu führt, dass die Inflation steigt.

Der Euro kam zuletzt deutlich unter Druck und markierte bei 1,1563 seinen tiefsten Stand seit mehr als einem Jahr. Die nächste wichtige Unterstützung für das Währungspaar liegt bei rund 1,1495. An der Oberseite müsste der Euro schon die Marke von 1,1705 bzw. 1,1760 nachhaltig überschreiten, um den aktuellen Abwärts-trend zu neutralisieren.

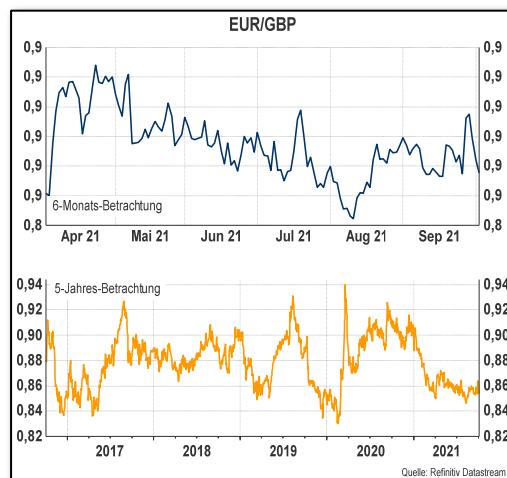
EUR/GBP, GBP/USD: Probleme über Probleme

Im Rahmen der Zinssitzung der Bank of England am 23. September wurde der Leitzins nicht verändert, allerdings wurde die Möglichkeit einer früheren Leitzinswende in Aussicht gestellt. Das Pfund verlor zuletzt dennoch deutlich an Wert sowohl gegenüber dem Euro als auch gegenüber dem US-Dollar.

Die britische Wirtschaft sieht sich nach dem Brexit und den Auswirkungen der Corona-Pandemie mit einer ganzen Reihe von Krisen konfrontiert. Hohe Energiepreise, Lieferschwierigkeiten, ein Mangel an Lastwagenfahrern und Kraftstoffen sowie eine voraussichtlich ansteigende Arbeitslosigkeit vor Weihnachten machen dem Land zu schaffen. Nun droht eine Stagnation der Wirtschaft und eine steigende Inflation. Wie die Zentralbank hier den Spagat schafft, bleibt abzuwarten. Der Markt preist aktuell bereits bis zu drei Zinserhöhungen im nächsten Jahr ein.



Kurzfristige Range: 1,1495 – 1,1760



Kurzfristige Range:
EUR/GBP 0,8270 – 0,8750
GBP/USD 1,3165 – 1,3700

**EUR/CHF:
Unveränderte
Strategie der
SNB**

Auch in der Schweiz stand im September eine Zinssitzung auf dem Programm. Auch hier wurde die Geldpolitik nicht verändert. Dennoch prüft die SNB sehr genau, ob die im Ausland beobachteten Inflationseffekte nur vorübergehend sind oder die Inflationsdynamik längerfristig beeinflussen.

Bezüglich der Einschätzung der Bewertung des Schweizer Franken hat sich seit Juni wenig geändert.

Um die Preisstabilität zu sichern und die Erholung der Schweizer Wirtschaft von der Pandemie abzustützen, führt die SNB ihre expansive Geldpolitik unverändert fort. So hat die SNB im zweiten Quartal Devisen im Wert von 5,44 Mrd. CHF gekauft. Die kontinuierlichen Interventionen am Währungsmarkt sind seit langem Teil der Strategie der Bank, um dem Aufwertungsdruck auf den Franken entgegenzuwirken.



Kurzfristige Range: 1,0700 – 1,1000

FX aktuell	USD	CHF	GBP
1 EUR =	1,1623	1,0745	0,9173
Schlusskurs vom 04.10.2021			

Quelle: Refinitiv

Autor: Diethard Holzer

Devisenmärkte Osteuropa

EUR/PLN: Inflation weiter-hoch

In Polen bleibt die Diskussion über eine Zinserhöhung ein heißes Thema. Der Zloty, der sich zuletzt deutlich über die Marke von 4,6000 abschwächte, konnte zum Monatsende wieder kräftig zulegen. Aktuell (Stand 5.10.2021, 15:37h) handelt das Währungspaar bei 4,603.

Die Inflationszahlen für September zeigen einen Anstieg auf 5,8 % gg. Vj. (August: 5,0 % gg. Vj.).

Bei der am Mittwoch stattfindenden Notenbanksitzung wird es spannend: Polens Inflation wird voraussichtlich Ende 2021 oder Anfang 2022 ihren Höhepunkt erreichen, sagte der Chefökonom des Finanzministeriums Lukasz Czernicki. Sollte es dennoch zu keiner Zinserhöhung bis Ende des Jahres kommen, so besteht die Möglichkeit, dass sich der Zloty bis auf rund 4,8000 abschwächt. Laut der polnischen Bank Pekao könnte jedoch der erste Zins-schritt der NBP abrupt erfolgen. So sehen ihre Ökonomen den ersten Schritt mit 40 BP. Man darf gespannt sein.

EUR/HUF: Straffung ver-langsamt

Wie in der letzten Ausgabe des Markt & Trend beschrieben, hat die ungarische Notenbank bei ihrer Zinssitzung am 21. September ihren Straffungszyklus verlangsammt. Der Leitzins wurde um nur 15 BP auf 1,65 % erhöht. Erwartet wurde im Vorfeld eine Anhebung um 25 BP. Zwar werden die Zinsschritte laut Notenbank fortgesetzt, jedoch in kleineren Schritten. In einer vierteljährlichen Analyse sollen die Auswirkungen der Schritte überprüft werden, so Vizegouverneur Barnabas Virág. Zusätzlich wurde die Inflationsprognose nach oben revidiert. Auch die BIP-Prognosen wurden nach oben geschraubt und die Ankäufe von Anleihen leicht reduziert. Der Euro profitierte und stieg bis auf 361,28.



Kurzfristige Range: 4,5000 – 4,6500



Kurzfristige Range: 346,00 – 360,00

EUR/CZK: Notenbank über- rascht

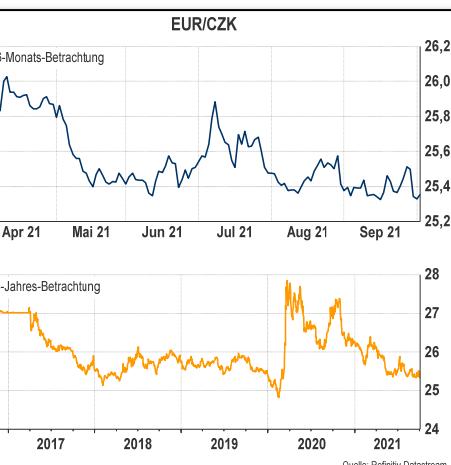
In Tschechien überraschte die Notenbank mit einer Zinserhöhung. Der Vorstand der CNB erhöhte am Donnerstag den Leitzins um 75 BP auf 1,50 %. Ökonomen hatten erwartet, dass die Notenbanker die Zinsen um 50 BP erhöhen würden. Es ist die größte Zinserhöhung seit 1997.

Die wachsende Inflation steht hinter der Entscheidung der CNB. Die Inflation überschritt im August die Marke von 4 % und lag damit deutlich über der Notenbank-Schätzung.

Kritik an der Leitzinserhöhung gab es von Seiten der Politik. Finanzministerin Schillerova zog in einem Tweet den Vergleich zu der Wirtschaftspolitik von Entwicklungsländern. Dies wurde von Seiten des Gouverneurs Jiri Rusnok als völlig inkompetente Erklärung in den Wind geschlagen. Die Krone profitierte und stieg nach der Entscheidung deutlich. Der Euro fiel von 25,585 auf 25,264.

FX aktuell	PLN	HUF	CZK
1 EUR =	4,5949	356,34	25,34
Schlusskurs vom 04.10.2021			

Quelle: Refinitiv



Kurzfristige Range: 25,000 – 26,000

Autor: Diethard Holzer

Aktuelle Zahlen und Prognosen

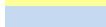
Konjunktur aktuell	Eurozone				USA			
	2017	2018	2019	2020	2017	2018	2019	2020
Bruttoinlandsprodukt ¹	2,6	1,9	1,3	-6,5	2,3	3,0	2,2	-3,5
Privater Konsum ¹	1,8	1,5	1,3	-8,0	2,6	2,7	2,4	-3,9
Investitionen ¹	3,8	3,2	5,7	-8,2	3,5	4,8	2,3	-0,8
Exporte i.w.S. ¹	5,5	3,6	2,5	-9,3	3,9	3,0	-0,1	-13,0
Inflationsrate	1,5	1,8	1,2	0,3	2,1	2,4	1,8	1,2
Arbeitslosenquote ²	9,0	8,1	7,5	7,8	4,4	3,9	3,7	8,1
Leistungsbilanzsaldo in % des BIP ³	3,6	3,4	3,1	3,0	-2,1	-2,3	-2,4	-3,0
Budgetsaldo in % des BIP	-0,9	-0,5	-0,6	-7,2	-4,3	-6,2	-6,6	-16,1

Quelle: EU-Kommission, 12. Mai 2021

1) Reale Veränderung gegen Vorjahr in %, 2) in % der Erwerbstätigen, 3) Saldo für Eurozone bereinigt

Konjunkturprognosen im Überblick		Eurozone				USA			
		BIP real		Inflationsrate		BIP real		Inflationsrate	
Prognosen von ausgewählten Banken	vom	2021	2022	2021	2022	2021	2022	2021	2022
RBI	01.10.2021	5,0	4,0	2,3	1,6	n.v.	n.v.	n.v.	n.v.
Barclays	01.10.2021	5,3	4,5	2,4	2,1	5,8	3,7	4,3	2,9
Commerzbank	01.10.2021	4,5	5,0	2,3	1,7	6,0	4,5	4,3	2,6
DekaBank	03.09.2021	4,8	3,9	2,1	1,6	5,7	3,9	3,9	1,7
Helaba	01.10.2021	4,4	3,7	2,1	1,9	6,0	4,3	4,5	3,5
UniCredit	01.10.2021	5,0	4,3	2,3	1,8	5,8	3,9	4,4	3,3
Prognosen von ausgewählten Institutionen									
		2021	2022	2021	2022	2021	2022	2021	2022
EZB	Sept. 21	5,0	4,6	2,2	1,7	n.v.	n.v.	n.v.	n.v.
IWF	Jul./ Apr. 21	4,6	4,3	1,3	1,4	7,0	4,9	1,8	2,3
EU-Kommission	Mai/ Jul. 21	4,8	4,5	1,9	1,4	6,3	3,8	2,2	2,0
OECD	Mai 21	4,3	4,4	1,8	1,3	6,9	3,6	2,9	2,6
Institut für Weltwirtschaft	Jun. 21	5,3	4,4	2,0	1,7	6,7	4,1	4,0	2,7
<i>Niedrigster Prognosewert</i>		4,3	3,7	1,3	1,3	5,7	3,6	1,8	1,7
<i>Median</i>		4,8	4,4	2,1	1,7	6,0	3,9	4,0	2,7
<i>Höchster Prognosewert</i>		5,3	5,0	2,4	2,1	7,0	4,9	4,5	3,5

 ...Prognose nach oben revidiert

 ...Prognose nach unten revidiert

Aktuelle Zahlen und Prognosen

Zinssätze aktuell	EUR	USD	CHF	GBP	JPY
Leitzinsen	0,00	0 - 0,25	-0,75	0,10	-0,10
3 M-Euribor/Libor	-0,548	0,127	-0,764	0,083	-0,080
10 Y-Swap	0,114	1,454	0,003	1,179	0,083

Quelle: Refinitiv (10 Y-Swap gg. 3M-

Schlusskurs 04.10.2021

Zinsprognosen im Überblick		EZB-Einlagezinssatz			Fed-Leitzins ¹⁾				
Prognosen von ausgewählten Banken	vom	aktuell*	in 3 M	in 6 M	in 12 M	aktuell*	in 3 M	in 6 M	in 12 M
RBI	01.10.2021	-0,50	-0,50	-0,50	-0,50	0,125	0,125	0,125	0,125
Barclays	01.10.2021		-0,50	-0,50	-0,50		0,125	0,125	0,125
Commerzbank	01.10.2021		-0,50	-0,50	-0,50		0,125	0,125	0,125
DekaBank	03.09.2021		-0,50	-0,50	-0,50		0,125	0,125	0,125
Helaba	01.10.2021		-0,50	-0,50	-0,50		0,125	0,125	0,125
HSBC	08.07.2021		-0,50	-0,50	-0,50		0,125	0,125	0,125
UniCredit	01.10.2021		-0,50	-0,50	-0,50		0,125	0,125	0,125
<i>Minimum</i>		-0,50	-0,50	-0,50		0,125	0,125	0,125	
<i>Median</i>		-0,50	-0,50	-0,50		0,125	0,125	0,125	
<i>Maximum</i>		-0,50	-0,50	-0,50		0,125	0,125	0,125	
Raiffeisenlandesbank Niederösterreich/Wien		-0,50	-0,50	-0,50					

Q: Hauptszenario Zinsmeinung aus dem Aktiv-Passiv-Komitees der RLB Nö/W vom 04.10.2021

¹⁾ Mittelwert der Range der Fed Funds Rate

EUR - Zinsprognosen im Überblick		3 Monats - EURIBOR			10 Jahres-Rendite - Bund (DE)				
Prognosen von ausgewählten Banken	vom	aktuell*	in 3 M	in 6 M	in 12 M	aktuell*	in 3 M	in 6 M	in 12 M
RBI	01.10.2021	-0,551	-0,50	-0,45	-0,45	-0,222	-0,20	-0,10	0,00
Barclays	01.10.2021		n.v.	n.v.	n.v.		-0,25	-0,20	-0,15
Commerzbank	01.10.2021		-0,50	-0,45	-0,42		-0,30	-0,30	-0,30
DekaBank	03.09.2021		-0,54	-0,53	-0,52		-0,35	-0,30	-0,20
Helaba	01.10.2021		-0,50	-0,50	-0,50		-0,20	-0,10	0,00
UniCredit	01.10.2021		-0,55	-0,55	-0,55		-0,15	-0,10	0,00
<i>Minimum</i>		-0,55	-0,55	-0,55		-0,35	-0,30	-0,30	
<i>Median</i>		-0,50	-0,50	-0,50		-0,23	-0,15	-0,08	
<i>Maximum</i>		-0,50	-0,45	-0,42		-0,15	-0,10	0,00	
Raiffeisenlandesbank Niederösterreich/Wien		-0,60 - -0,50	-0,60 - -0,50	-0,60 - -0,50		Swapsätze:	0,00 - 0,40	0,10 - 0,50	0,10 - 0,50

Q: Hauptszenario Zinsmeinung aus dem Aktiv-Passiv-Komitees der RLB Nö/W vom 04.10.2021

*05.10.2021, 12:12 Uhr

...Prognose nach oben revidiert

...Prognose nach unten revidiert

Indikatoren der Woche

KALENDERWOCHE 40

Land	Indikator / Event	Periode	Einheit	Reuters-Consensus	Wert Vorperiode
Montag, 4. Oktober 2021		tats. Werte			
EZ	sentix Index	Okt.	Index	16,9	19,6
US	Industrieaufträge	Aug.	% Vm	1,2	0,7
EZ	<i>EZB-Vizepräsident de Guindos (09:30), Treffen der-Finanzminister EZ, G20 u. IWF (15:00), EZ-Treffen mit Teilnahme von EZB-Präs. Christine Lagarde</i>				
Fed	<i>Boston Fed-Präsident Rosengren (16:00), St.-Louis Fed-Präsident Bullard (16:00)</i>				
Welt	<i>21. OPEC und Nicht-Opec-Ministertreffen, Videokonferenz, G20 und IWF-Finanzministertreffen</i>				
Dienstag, 5. Oktober 2021					
EZ	Einkaufsmanagerindex Composite/ DL, final	Sep.	Index	56,2/ 56,4	56,1/56,3 (p)
	Erzeugerpreise	Aug.	% Vm % Vj	1,1 13,4	2,5 12,4
DE	Einkaufsmanagerindex Composite/ DL, final	Sep.	Index	55,5/ 56,2	55,3/56,0 (p)
FR	Einkaufsmanagerindex Composite/ DL, final	Sep.	Index	55,3/ 56,0	55,1/56,0 (p)
	Industrieproduktion	Aug.	% Vm	1,0	0,5
IT	Einkaufsmanagerindex Composite/ DL	Sep.	Index	56,6/ 55,5	59,1/ 58,0
ES	Einkaufsmanagerindex DL	Sep.	Index	56,9	60,1
US	Markit Einkaufsmanagerindex Comp./ DL, final	Sep.	Index	n.v./ n.v.	54,5/ 54,4
	ISM-Index DL	Sep.	Index	60,0	61,7
EZ	<i>EZB-Mitglied Fernandez Bollo (09:00), EZB-Präsidentin Lagarde (17:00), ECOFIN-Meeting mit Teilnahme von Luis de Guindos</i>				
Fed	<i>Richmond Fed-Präs. Barkin (16:30), Fed AR-Vizepräs. Quarles (19:15)</i>				
Mittwoch, 6. Oktober 2021					
DE	Auftragseingang Industrie	Aug.	%Vm	-2,1	3,4
ES	Industrieproduktion	Aug.	% Vj	3,5	3,4
EZ	Einzelhandelsumsätze	Aug.	% Vm % Vj	0,8 0,4	-2,3 3,1
US	ADP Beschäftigungsänderung	Sep.	Tsd.	428	374
Fed	<i>Atlanta Fed-Präs. Bostic (15:00, 17:30)</i>				
Donnerstag, 7. Oktober 2021					
DE	Industrieproduktion	Aug.	% Vm % Vj	-0,4 n.v.	1,0 5,73
IT	Einzelhandelsumsätze	Aug.	% Vm % Vj	n.v. n.v.	-0,40 6,70
US	Erstanträge Arbeitslosenunterstützung	KW 39	Tsd.	348	362
	Konsumentenkredite	Aug.	Mrd USD	17,5	17,0
EZ	<i>EZB-Mitglied Elderson (10:30), EZB-Direktoriumsmitglied Schnabel (15:00), EZB-Chefvolkswirt Lane (15:00, 17:45), Zusammenfassung der EZB-Ratssitzung vom 9.9.2021 (13:30)</i>				
Fed	<i>Cleveland Fed-Präsident Mester (17:45)</i>				
Freitag, 8. Oktober 2021					
CN	Caixin Einkaufsmanagerindex DL	Sep.	Index	n.v.	46,7
DE	Exporte/ Importe	Aug.	% Vm	0,5/ 1,8	0,5/ -3,8
AT	Industrieproduktion	Aug.	% Vj	n.v.	9,7
US	Beschäftigte außerhalb der Landwirtschaft	Sep.	Tsd	473	235
	Arbeitslosenquote	Sep.	%	5,1	5,2
	Durchschnittliche Stundenlöhne	Sep.	% Vm % Vj	0,4 4,6	0,6 4,3
EZ	<i>EZB-Mitglied Fabio Panetta (14:00)</i>				

Abkürzungsverzeichnis des Datenkalenders:

% Vm: prozentuelle Änderungen gegenüber dem Vormonat
 % Vj: prozentuelle Änderungen gegenüber der Vorjahresperiode
 % Vq: prozentuelle Änderungen gegenüber dem Vorquartal
 ann.: annualisiert, Jahresrate

Tsd.
n.v.
vorl.
(p)

Tausend / Mio. Million / Mrd. Milliarde
 nicht verfügbar
 vorläufige Werte aus 1. Berechnung
 Prognose



Ihre AnsprechpartnerInnen

Gerne steht Ihnen Ihr/e persönliche/r Kundenbetreuer/in aus der Raiffeisenlandesbank, aus dem Filialbereich bzw. Ihrer Raiffeisenbank bei Fragen zur Verfügung.

Ihre AnsprechpartnerInnen im Treasury der Raiffeisenlandesbank erreichen Sie unter:

Volkswirtschaft/ Redaktion Newsletter	Sylvia Hofbauer	0043-05-1700-95497	sylvia.hofbauer@raiffeisenbank.at
	Sylvia Krotz	0043-05-1700-93762	sylvia.krotz@raiffeisenbank.at
	Silvia Schania	0043-05-1700-95442	silvia.schania@raiffeisenbank.at
Treasury Raiffeisenbanken und Services	Wolfgang Fiedler	0043-05-1700-95440	wolfgang.fiedler@raiffeisenbank.at
	Monika Assfall	0043-05-1700-92467	monika.assfall@raiffeisenbank.at
	Christian Eder	0043-05-1700-93713	christian.eder@raiffeisenbank.at
	Eva Feiertag	0043-05-1700-95517	eva.feiertag@raiffeisenbank.at
	Verena Gerstmayr	0043-05-1700-93769	verena.gerstmayr@raiffeisenbank.at
	Werner Hochrainer	0043-05-1700-95569	werner.hochrainer@raiffeisenbank.at
	Maria Koller	0043-05-1700-95558	maria.koller@raiffeisenbank.at
	Gundula Lenzenweger	0043-05-1700-93766	gundula.lenzenweger@raiffeisenbank.at
	Gernot Nagl	0043-05-1700-92154	gernot.nagl@raiffeisenbank.at
	Karin Pfeiffer	0043-05-1700-95425	karin.pfeiffer@raiffeisenbank.at
	Helene Schafleitner	0043-05-1700-95464	helene.schafleitner@raiffeisenbank.at

Disclaimer

Medieninhaber und Herausgeber: Raiffeisenlandesbank Niederösterreich-Wien AG, F.-W.-Raiffeisen-Platz 1, A-1020 Wien, Tel.: 0043-05-1700, DVR: 0031585, Firmensitz: Wien, Registergericht: Handelsgericht Wien, FN 203160s HG Wien. Diese Publikation wurde von der Raiffeisenlandesbank Niederösterreich-Wien AG („RLB NÖ-WIEN“) zu unverbindlichen Informationszwecken erstellt. Sie ist keine Finanzanalyse und wurde nicht unter Einhaltung der Rechtsvorschriften zur Förderung der Unabhängigkeit von Finanzanalysen erstellt und unterliegt nicht dem Verbot des Handels im Anschluss an die Verbreitung von Finanzanalysen.

Diese Publikation oder die darin enthaltenen Informationen dürfen ohne ausdrückliche schriftliche Zustimmung der RLB NÖ-WIEN weder ganz noch teilweise reproduziert, veröffentlicht oder an andere Personen weiter gegeben werden. Die in dieser Publikation enthaltenen Angaben stammen aus öffentlich zugänglichen Quellen, die von der Redaktion als zuverlässig erachtet wurden, für die aber keine Gewähr übernommen wird. Es wird kein Anspruch erhoben, dass die Informationen korrekt und vollständig sind. Insbesondere wird auf die Möglichkeit von Datenfehlern bei den Tabellen und Grafiken verwiesen. Die RLB NÖ-WIEN übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit, Vollständigkeit oder Genauigkeit der im Bericht enthaltenen Informationen und/oder für das Eintreten der Prognosen.

Die in dieser Publikation enthaltenen Angaben, Analysen und Prognosen basieren auf dem Wissensstand und der Markteinschätzung der mit der Erstellung dieser Publikation betrauten Personen zum angegebenen Stichtag. Die RLB NÖ-WIEN behält sich vor, jederzeit Änderungen oder Ergänzungen vorzunehmen. Die RLB NÖ-WIEN ist jedoch nicht verpflichtet, die hier enthaltenen Informationen nach dem Stichtag zu aktualisieren, Änderungen zu berücksichtigen oder allfällige Fehler zu korrigieren.

Die Daten zu den Tabellen und Grafiken sind, soweit nicht direkt etwas anderes vermerkt ist, aus der Informationsquelle Refinitiv Datastream oder Eikon entnommen.

Diese Publikation enthält Informationen über frühere Wertentwicklungen. Diese Zahlenangaben beziehen sich auf die Vergangenheit. Es wird darauf hingewiesen, dass die frühere Wertentwicklung kein verlässlicher Indikator für künftige Ergebnisse ist. Die Angaben zu Wertentwicklungen von Finanzinstrumenten beruhen auf der Bruttowertentwicklung. Eventuell anfallende Ausgabeaufschläge, Depotgebühren und andere Kosten und Gebühren sowie Steuern werden nicht berücksichtigt und würden die Performance reduzieren. Diese Publikation enthält weiters Prognosen und andere zukunftsgerichtete Aussagen. Es wird darauf hingewiesen, dass solche Prognosen und andere zukunftsgerichtete Aussagen keinen verlässlichen Indikator für die künftige Wertentwicklung darstellen.

Die Angaben in dieser Publikation sind unverbindlich und dienen ausschließlich der Information. Diese Publikation ist weder ein Angebot noch eine Aufforderung zu einem Anbot noch eine Empfehlungen, die darin erwähnten Währungen, Finanzinstrumente, Veranlagungen oder sonstigen Produkte zu kaufen oder zu verkaufen. Diese Publikation kann eine individuelle Beratung nicht ersetzen. Währungsschwankungen bei Veranlagungen in anderer Währung als EUR können sich auf die Wertentwicklung ertragserhöhend oder ertragsmindernd auswirken.

Die RLB NÖ-WIEN oder mit ihr verbundene Unternehmen sowie deren Mitarbeiter haben möglicherweise Positionen in den in dieser Publikation erwähnten Währungen, Finanzinstrumente, Veranlagungen oder sonstigen Produkte, oder führen Transaktionen mit ihnen durch. Auch können die RLB NÖ-WIEN oder mit ihr verbundene Unternehmen Bankleistungen für in dieser Publikation erwähnte Unternehmen durchführen oder danach streben, diese durchzuführen. Die RLB NÖ-WIEN weist darauf hin, dass bedeutende finanzielle Interessenskonflikte seitens der RLB NÖ-WIEN bestehen können. Die RLB NÖ-WIEN wird sich bemühen, allfällige Interessenskonflikte entsprechend den Bestimmungen des Wertpapieraufsichtsgesetzes und sonstiger anwendbarer Aufsichtsgesetze zu lösen.

Offenlegungspflichten gem. § 25 Mediengesetz:

<https://www.raiffeisen.at/noew/rlb/de/meine-bank/raiffeisen-bankengruppe/impressum.html>